

Jugendarbeitslosigkeit in München

Ein Reader der DGB-Jugend München

Anmerkungen zur „elektronischen“ Ausgabe:

Dieser Reader wurde textlich in der ursprünglichen Fassung belassen. Was komplett fehlt ist dagegen beispielsweise der Anhang, der zur damaligen Zeit noch durch das Einkleben der Schaubilder für den Druck gestaltet wurde. Diese wurden nicht mehr nachbearbeitet und eingefügt.

Auch sonst wurde, aufgrund der Größe der entstehenden Datei, auf sämtliche Schaubilder verzichtet, die ursprünglich bereits eingescannt und eingefügt waren. Damit ist die fertige PDF-Datei jedenfalls downloadfähig - wenn auch wesentlich weniger schön zu lesen, als die damalige Druckausgabe (mit den Grafiken).

Inhaltlich distanzieren mich mittlerweile zumindest in einem Punkt sehr: die Ausbildungsplatzabgabe, wie sie bei den Forderungen benannt wird. Ich halte dieses Instrument für wenig geeignet, die Misere der beruflichen Bildung in Deutschland zu verbessern. Dies war auch damals schon meine Meinung - allerdings entstand dieser Reader im Austausch mit der DGB-Jugend und ihren Positionen.

Alle sonstigen Ungereimtheiten in Stil, Gestaltung und Rechtschreibung ergeben sich bereits aus der Ursprungsfassung und nur selten durch die Übertragung ins PDF-Format.

Jugendarbeitslosigkeit in München

Jugendarbeitslosigkeit in München - Perspektive jetzt

Reader zur Problematik von
Ausbildungsplatzabbau und Übernahme in München

Hrsg.: DGB-Kreis München, Abt. Jugend

Zusammenstellung: Alexander Rager, Martin Janke

1. Auflage, 1000 Stck., Dez 03

Druck: Eigendruck

V.i.S.d.P.: Helmut Schmid, Martin Janke, DGB-Kreis München, Abt. Jugend,
Schwanthalerstr. 64, 80336 München

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	
2. Trends und Entwicklungslinien	
2.1 Typische Verläufe der Jugendarbeitslosigkeit.	6
2.2 Schwinden des „Normalarbeitsverhältnisses“ und die Auswirkungen. . .	9
2.3 Ausbildung und Übernahme.	12
2.4 Jugendarbeitslosigkeit im gesellschaftlichen Rahmen.	15
3. Schwerpunktthema - Die ehemaligen Unternehmen der DBP	
3.1 Politik der DBP.	17
3.2 Postreform I & II.	17
3.3 Ausbildung „Über-Bedarf“ oder neue Unternehmenspolitik?.	18
3.4 Telekommunikation, Multimedia und Jugendarbeitslosigkeit.	22
4. Jugendarbeitslosigkeit in München	
4.1 Strukturen in München.	27
4.2 Fakten und Trends (Arbeitsmarkt und IG G's).	27
5. Konsequenzen und Forderungen	
5.1 Gesellschaftspolitische Konsequenzen.	33
5.2 Kommunale Aufgaben und Forderungen.	35
5.3 Für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung.	37
6. Anhang	41

Vorwort

Dieser Reader soll die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit speziell für München darstellen. Voran geht der Darstellung ein Versuch der Analyse gesellschaftlicher Entwicklung im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Analyse soll es erleichtern, die anschließende Zusammenfassung einordnen zu können. Welche Konsequenzen sich daraus für die DGB-Jugend sowie die Einzelgewerkschaften ergeben, kann hier noch nicht abgeschätzt werden. Wichtig ist uns, daß eine Diskussion zu diesem Reader ausdrücklich erwünscht und notwendig ist.

Vielfach war es nicht leicht, die Analyse der Jugendarbeitslosigkeit und die Entwicklungslinien von einer Diskussion zur beruflichen Bildung zu trennen. Zu eng verflochten sind die Zusammenhänge - trotzdem mußte eine Trennung vollzogen werden. Wenn sie nicht immer scharf gelang, dann ist es der Komplexität des Themas geschuldet. Wir hoffen, daß es trotzdem im Grundtenor gelungen ist, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit generell und im speziellen in München darzustellen. Unsere Aufgabe kann es jedoch nicht sein, mit diesem Reader einen Ersatz für den städtischen Berufsbildungsbericht zu schaffen. Einem solchen Anspruch können und wollen wir nicht gerecht werden. Hier muß die Landeshauptstadt München deutlich mehr Initiative zeigen. Wir können allenfalls Diskussionen anregen und Forderungen entwickeln.

Der DGB München hofft, mit diesem Reader zu mehr Klarheit in der Einschätzung von Ausbildungsabbau und Nichtübernahme beitragen zu können. Gerade in München ist immer noch die Überzeugung weit verbreitet, daß Jugendarbeitslosigkeit keine große Rolle spielt. Wenn die Eingangsanalyse stimmt, dann spielt sie allerdings eine noch sehr viel größere Rolle, als noch vor wenigen Jahren gedacht wurde.

Die hier zusammengestellten Fakten gehen an den Anfang des Jahres 1996 bzw. das Ende des Jahres 1995 zurück. Vieles müßte spezieller vertieft und weiter verfolgt werden. Vielleicht ist das in einem der nächsten Reader möglich. Die große Stärke der DGB-Jugend liegt gerade darin, die gesellschaftliche Entwicklung in den Betrieben ablesen und in Erfahrung bringen zu können. Wir hoffen, daß uns das auch diesmal mit diesem Reader gelungen ist.

Helmut Schmid
Kreisvorsitzender

Martin Janke
Jugendsekretär

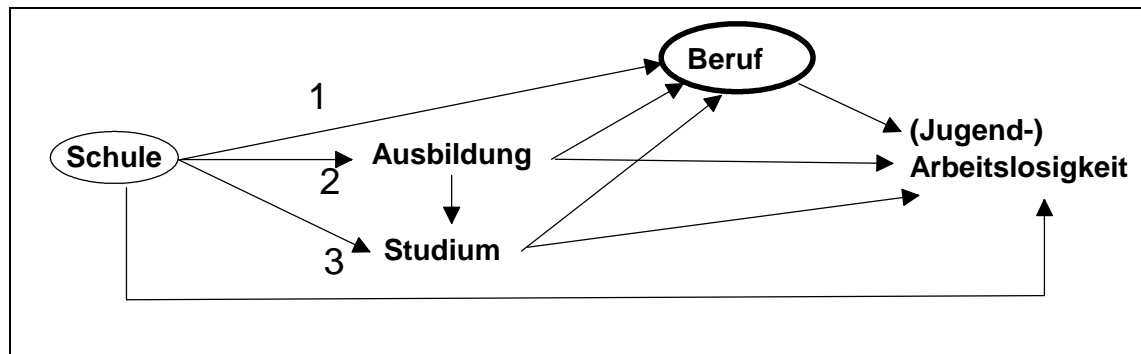
2. Trends und Entwicklungslinien

Zu Beginn: Mit Trends oder Entwicklungslinien der Jugendarbeitslosigkeit beabsichtigen wir den Versuch, neben altbekannten Fakten besonders benachteiligter Gruppen auf die an dieser Stelle nicht speziell eingegangen werden soll, den Versuch, gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte im Zusammenhang mit der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit zu betrachten. Umfang und Dimension dieser Veränderungen können nur erahnt werden, jedoch wäre es gerade für die Gewerkschaften sehr interessant, die zur genaueren Belegung notwendigen Folgeuntersuchungen durchführen zu lassen. Dazu wäre ein späterer Zeitpunkt und Bericht sicher sehr gut geeignet. Gleichzeitig möchten wir an dieser Stelle die Eindimensionalität der Debatte um die berufliche Erstausbildung etwas aufbrechen. Gemeint ist, daß die Ausbildungs- und Berufsdiskussion bisher viel zu stark auf die Segmente Duales System und Hochschulbildung bezogen war. In der Praxis gibt es hier die unterschiedlichsten Überschneidungen. Ohne daß wir uns auf konkrete Erhebungen stützen können, stellen wir doch fest, daß Ausbildung und Studium in der Wertigkeit von Jugendlichen durchaus neu gesehen werden. Hohe Einkommen sind heute mit einem abgeschlossenen Studium keinesfalls sicher, genausowenig wie ein lebenslanges Arbeiten nach abgeschlossener Berufsausbildung im selben Betrieb. Jugendliche nehmen dies nach unseren Erfahrungen durchaus wahr. Wertigkeiten können sich so verändern.

Vielfach wird in der Debatte um die berufliche Erstausbildung der hohe Anteil der Fachschulen (z.B. ErzieherInnen, BeamtenanwärterInnen, Krankengymnastik, usw.) ausgeblendet. Auch wenn wir dies an dieser Stelle nicht leisten können, ist die Diskussion um die Zukunft, insbesondere der sozialen Berufe, dringend notwendig.

2.1 „Typische Verläufe“ der Jugendarbeitslosigkeit

Mit „typischen Verläufen“ der Jugendarbeitslosigkeit meinen wir eine kurze Darstellung möglicher Übergänge in die Arbeitswelt oder eben (Jugend)Arbeitslosigkeit. Wenn wir als Ausgangspunkt den Schulabschluß nehmen, gibt es für die überwiegende Mehrzahl Jugendlicher im Prinzip drei Möglichkeiten ihre Erwerbstätigkeit zu beginnen.



In und zwischen diesen „Laufbahnen“ hat es unserer Auffassung nach nachhaltige Verschiebungen gegeben. Zum einen hat sich das Verhältnis der StudentInnen, nicht zuletzt durch die Bildungsreform der 70´er Jahre, gemessen an den Auszubildenden, zugunsten der Studierenden verschoben. Von 1984 bis 1986 gab es gut zweieinhalbfach soviele Auszubildende wie Studenten. Dieses Verhältnis verschob sich zwischen 1990 und 1991 auf das Eineinhalbfache.¹

Nachdem deutsche Studenten im Durchschnitt 25,6 Jahre alt sind und ihr durchschnittliches Alter bei bestandener Prüfung bei 28,1 Jahren² liegt, fallen sie aus der klassischen Jugendarbeitslosigkeitsstatistik (selbst der Gewerkschaften) heraus, falls sie nach abgeschlossenem Studium keine Arbeit bekommen würden. Aufgrund traditionell gewachsener Strukturen liegen Schwerpunkte, Analysen und Aktionsvorschläge der DGB-Jugend zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Bereich des Dualen Bildungssystems. Verständlich ist dies, da die Gewerkschaften hier - vor allem in den großen Ausbildungsstellen - ihren Organisationsbereich haben.

Weiter ist zu bedenken, daß immer mehr Jugendliche nach abgeschlossener Berufsausbildung ein Studium beginnen. 1991 waren es immerhin 36 % (1985 = 25%) der Studienanfänger (a.a.O.). Ob dieses Fachstudium später eine tatsächliche Berufsgrundlage bildet oder die Arbeitslosigkeit lediglich verzögert, wäre wie bereits erwähnt, für die Gewerkschaften ein sehr lohnendes Studienobjekt. Unter den Arbeitslosen besteht - mit nur 4.1 % - die niedrigste Quote bei denjenigen, die eine Fachhochschulbildung³ haben, weshalb wir davon ausgehen, daß das Fachhochschulstudium nur in wenigen Fällen tatsächlich eine reine Verzögerung der Arbeitslosigkeit ist. Im Regelfall wird ein Arbeitsverhältnis folgen.

¹ „Grund- und Strukturdaten 1992/93“ des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, bezogen auf die alten Bundesländer. Abgedruckt in FR v. 14.10.93

² a.a.O.

³ Daten zum Arbeitsmarkt, Ausgabe 1995 (bezogen auf 1994), Hrsg. Arbeitsamt München

Unter der Überschrift „Versagt das deutsche Bildungssystem?“ kommt andererseits der Autor eines Artikels in der SZ-Beilage Jugend und Berufswahl v. 14.02.96 zu der Schlußfolgerung, daß die Universitäten momentan als großer Speicher fungieren und damit Arbeitslosigkeit verstecken. „Man kann natürlich hier die Schrauben anziehen, aber damit beseitigt man nicht die Jugendarbeitslosigkeit, sondern vergrößert nur die offizielle Arbeitslosenquote um genau diesen Personenkreis. Unter den gegenwärtigen Umständen müßte man den Hochschulen für ihre „Speicherrolle“ eigentlich dankbar sein.“⁴

Dieser Entwicklung gegenüber stehen steigende Anforderungen der Betriebe an Berufseinsteiger. In einem der wenigen wachsenden Märkte, dem der Werbewirtschaft, stellt das UNI-Magazin der Bundesanstalt für Arbeit fest: „...geht ein weiterer Trend klar hervor: die zunehmende Akademisierung der Werbebranche. Bereits die Hälfte der Stellenangebote enthält die Voraussetzung „abgeschlossenes Hochschulstudium“. In den siebziger Jahren forderten dagegen nur 18 Prozent der Inserate diese Qualifikation.“⁵ und „Es wäre kurzsichtig, den gewachsenen Bedarf an Mitarbeitern mit Hochschulabschluß mit einer erleichterten Einstiegssituation in die Werbewirtschaft gleichzusetzen. Vielmehr gibt die große Zahl von Hochschulabsolventen aus vielen Fachrichtungen der stellen anbietenden Werbewirtschaft die Möglichkeit, sich kostengünstig gute Nachwuchskräfte der Universitäten und Fachhochschulen heraus-zupicken.“ Dem Bundesinstitut für Berufsbildung sagte die Hälfte der Betriebe: „...sie hätten Probleme, geeignete Bewerber zu finden, weil ihre Anforderungen relativ hoch seien.“⁶

Der Direktor des Arbeitsamtes München, Erich Blume, bemerkt dazu: „Die Probleme am Münchner Ausbildungsstellenmarkt liegen weniger in einem quantitativen Defizit an Ausbildungsmöglichkeiten, als vielmehr in den steigenden Anforderungen vieler Betriebe, denen immer mehr Bewerber/-innen nicht mehr gerecht werden.“⁷

⁴ Anmerkung zum Artikel: Es ist schwer, diese Schlußfolgerung aus dem Textzusammenhang zu reißen, obwohl sie sehr interessant ist. Der Inhalt des Artikels selbst steht relativ undifferenziert unter einem bestimmten Tenor. „Unsere zu hohen Arbeitskosten kommen nach dem Prinzip staatlich abgesegneter Kartellabsprachen zustande“ und „Die zahlreichen Privilegien und die meisten Subventionen wirken als Zugangsbeschränkungen zu „Naturschutzparks“ und als Wachstums- und Fortschrittsbremsen.“ Diesen global nicht näher belegten Behauptungen folgt noch nicht einmal ein eigener Vorschlag außer dem großen Rundumschlag. „Die Politik muss zu einem Befreiungsschlag, einer ordnungspolitischen Entfesselungsentscheidung von der Dimension der Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung durch Ludwig Erhard, fähig werden,....“. Soweit zu den Konsequenzen des Autors, seines Zeichens lange Jahre Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Würzburg.

⁵ UNI-Magazin, 20. Jahrg., Nr. 3/96, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit

⁶ FR v. 6.02.93

⁷ Presseinformation Nr. 95 des Arbeitsamtes München v. 7.09.1995, „Ausbildungsstellenmarkt 1995 - eine Bilanz mit Licht und Schatten“

Weiter die Meldung vom 6. März 1996: „Die Anforderung der Betriebe an Jugendliche nehmen in vielen Berufen zu. Sofern keine geeigneten Bewerber/-innen zur Verfügung stehen, bleiben Ausbildungsplätze oftmals unbesetzt.“⁸ Dieser Sachverhalt korreliert eng mit den unter Punkt 2.2 genannten Problemen.

2.2 Schwinden des „Normalarbeitsverhältnisses“ und die Auswirkungen

Lange Zeit der sich entwickelnden deutschen Industriegesellschaft galt der Meister und letztlich der Beruf als Profession, als „Berufung“, seine individuelle Persönlichkeit und Geschicklichkeit zu vervollkommen. Daraus entwickelte sich ein gesellschaftliches Ideal, des nach der Ausbildung lebenslang (bis zur Rente) in einem Betrieb Vollzeit arbeitenden, männlichen Facharbeiters. Dieses gesellschaftliche Leitbild ist nicht erst seit der stark angestiegenen Frauenerwerbsarbeit nicht mehr aufrecht zu halten. Das, was heute gelernt wird und das Fundament einer qualifizierten Berufsausbildung und späteren beruflichen Zukunft bildet, veraltet immer rascher. Die Bildungsinhalte werden zunehmend zur „verderblichen Ware“. Ihre Brauchbarkeit läuft immer schneller ab.⁹ Durch diese Entwicklung wird ein Berufsbildungsabschluß tendenziell abgewertet und die berufliche Aus- und Weiterbildung bekommt einen sehr viel höheren Stellenwert, als noch vor vier oder fünf Jahren. Wenn aber „lebenslang gelernt werden muß und gelernt werden soll, ...dann ist der produktive Unterschied von Lehrling und Meister aufgelöst, dann werden wir alle zu Dauerlehrlingen - ohne Aussicht auf Meisterschaft.“¹⁰

Dann aber geht es auch nicht mehr darum, „einen Beruf zu erlernen, sondern die Berufslosigkeit zu vermeiden“ (a.a.O), wie sicher folgende Grafik, unter diesem Aspekt betrachtet, verdeutlicht.

⁸ Presseinformation Nr. 30 des Arbeitsamtes München v. 06.03.96, „Zwischenbilanz am Ausbildungsstellenmarkt - weniger Lehrstellen bei steigenden Bewerberzahlen“

⁹ Vgl. dazu: „Der Lehrabschluß wird immer weniger zum Abschluß“ von Karlheinz A. Geissler, in FR v. 5.04.1993

¹⁰ „Der geräuschlose Abschied von der Meisterschaft“ in FR v. 16.12.93

Grafik: Ausbildung sichert Arbeitsplätze

Ob der Arbeitsmarkt in München hier bereits eine Vorreiterrolle hat, läßt sich anhand der vorliegenden Fakten momentan nicht entscheiden. Bedenklich stimmen hier allerdings die „Daten zum Arbeitsmarkt 1995“ des Arbeitsamtes München. Bei der Strukturanalyse des Bestandes an Arbeitslosen bietet sich folgendes Bild:

Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	39,2 %
Mit betrieblicher Ausbildung	41,0 %
Mit Berufsfachschule/Fachschule	6,5 %
Mit Fachhochschule	4,1 %
Mit Universität/Hochschule	9,2 %

Quelle: Daten zum Arbeitsmarkt, Ausgabe 1995, Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsstatistik im Jahre 1994, Hrsg. Arbeitsamt München

Zu bedenken ist bei dieser Aufstellung, daß Studien- und Ausbildungsabbrecher im Prinzip ohne abgeschlossene Berufsausbildung dastehen. Inwiefern also hier noch einmal zu differenzieren wäre, ist ebenfalls unbekannt.

In einer Gesellschaft, in der rationales Kosten-Nutzen-Kalkül die Haupttriebfeder ist, schlägt dies mehr und mehr auch im Bereich der beruflichen Erstausbildung durch. Immer mehr Eltern wollten und wollen deshalb, daß ihr Kind eine „bessere“ Schulbildung für die spätere berufliche Zukunft erfährt. Demzufolge sinkt die Zahl der Hauptschüler ohne qualifizierenden Abschluß zugunsten der Zahl der Realschüler und Gymnasiasten. Kamen 1960 noch Dreiviertel aller SchulabgängerInnen von der Hauptschule, so ist deren Anteil heute auf kaum mehr als ein Drittel geschrumpft. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei den AbiturientInnen: Ihr Anteil stieg von 9 % (1960) auf 27 % im Jahr 1991. Ginge es nach dem Wunsch vieler Eltern, dann hätte jeder Zweite sein Abitur in der Tasche und die Hauptschule würde mit 11 % Schulabgängern nur noch ein Schattendasein führen.¹¹ Von den Schulabgängern wiederum wollten 1993 50 Prozent (Vorjahr 47 Prozent) in eine weiterführende Schule bzw. zur Hochschule gehen, nur 43 Prozent (Vorjahr 47 Prozent) wollten eine Lehre beginnen¹². Diejenigen, die selbst ohne qualifizierenden Hauptschulabschluß sind, finden sich später am leichtesten in ungesicherten Arbeitsverhältnissen oder der Arbeitslosigkeit, also am unteren Ende der Gesellschaft wieder.

Grafik: Wie weit haben sie es gebracht? Über die unterschiedlichen Chancen unterschiedlicher Schulabschlüsse.

¹¹ Vgl.: „Schulabgänger in Deutschland“, Globus Schaubild Nr. Ia-1399 v. 16.08.93 nach statistischen Angaben des Bundesbildungsministeriums

¹² FR v. 5.04.93

Wenn die vorherige Analyse stimmt, dann spiegelt sich diese Entwicklung auch in der Zahl, der Struktur und Wertigkeit (für den betrieblichen Aufstieg) der angebotenen und nachgefragten Ausbildungsstellen, sowie andererseits dem Stellenwert der betrieblichen Aus- und Weiterbildung wieder. „Die Quelle“ Nr. 1/92 bemerkt hierzu in einem Artikel zur Bildungspolitik: „Allein an der vom Arbeitsamt geförderten beruflichen Weiterbildung nahmen 1990 in den alten Bundesländern 574.000 Bildungshungrige teil - 84.000 mehr als 1989. In den neuen Ländern ließen sich 124.000 Menschen umschulen und fortbilden.“

Die andere Klinge der sich weiter öffnenden Schere bemerkt auch das Arbeitsamt München in ihrer Presseinformation v. 7.09.1995: „.....im Wirtschaftsraum München kein globales Defizit an Ausbildungsplätzen besteht. Wie schon in den letzten Jahren, leiden vor allem die Nahrungsmittelberufe, die Schlosser, die Friseure, die Gärtner und ein großer Teil der metallbearbeitenden Berufe sogar unter einem Mangel an Nachwuchskräften.“¹³ Diese Berufe bieten nicht die langfristige Sicherheit an Einkommen und Arbeitsplatzgarantie, den Jugendliche erwarten. Wenn die Übernahmepektiven nach abgeschlossener Ausbildung gering sind oder der gewählte Beruf aufgrund der Einkommenschancen keinen sicheren Lebensunterhalt gewährleistet, muß das Interesse gering bleiben. Unbesetzte Ausbildungsplätze hier sind also kein Indiz auf einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt.

2.3 Ausbildung und Übernahme

Noch einmal soll hier das UNI-Magazin zitiert werden: „Wer die Anfangszeit meistert und mit der Arbeitsweise in der Werbebranche zurechtkommt, dem stehen verschiedenste Entwicklungsmöglichkeiten offen. Denn ein Charakteristikum der Werbebranche ist, daß es festgefügte Berufsbiographien hier nur sehr selten gibt. So vielfältig wie dieser Wirtschaftszweig ist, so überraschend können daher auch die Karrierewendungen sein.“¹⁴ Wozu hier noch ausbilden? - wäre man versucht, zu fragen. Als Problem stellt sich hier vor allem, daß alte Berufsbilder verschwinden, viel mehr neue jedoch entstehen. Für diese neuen Berufsbilder (z.B. einen angedachten „Multimedia-Broker“, also „Helfer“ im Internet) gibt es noch keinerlei Vorstellungen, geschweige denn konkrete Festlegungen der Berufs- und Ausbildungsverläufe.

¹³ Presseinformation Nr. 95 des Arbeitsamtes München vom 7.09.1995

¹⁴ UNI-Magazin Nr. 3/96, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit

In einer sich ständig so rapide ändernden Arbeitswelt, in der das gesicherte Wissen, Arbeitsabläufe und Berufsinhalte schneller zu veralten scheinen, als die angebotenen Produktpaletten, wird die Standort- und Wertigkeitsbestimmung qualifizierter Ausbildung immer schwerer. Hierzu Erich Blume, Direktor des Arbeitsamtes München: „Zudem findet in neuen Branchen, wie Multimedia oder im EDV-Bereich, betriebliche Ausbildung bisher nur in geringem Umfang statt. In diesem Bereich sind neue Berufsbilder dringend erforderlich, die jedoch sicherlich nicht kurzfristig zu realisieren sind.“¹⁵ Der letzte große Versuch im gewerblich-technischen Bereich, die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe, versuchte dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Ob er geglückt ist, müsste speziell betrachtet werden.

Die Flexibilität in der betrieblichen Weiterbildung ist für die einzelnen Betriebe erheblich höher, als die der eher langfristig an festen Berufsbildern ausgerichteten Erstausbildung. Logische Konsequenz daraus ist der Abbau beruflicher Erstausbildung zugunsten der betrieblichen Weiterbildung - vor allem im gewerblich-technischen Bereich. Auch die Übernahme im erlernten Beruf ist damit nicht mehr automatisch gegeben. Wo die Berufsfelder selbst immer indifferenter werden, ist es auch schwieriger geworden, „ausbildungsgerecht“ in einem Vollzeitverhältnis übernommen zu werden. Überdies steht ein tendenziell immer größer werdendes Heer an Studienabgängern zur Verfügung. Ganz besonders trifft dies für die in aller Regel heute besser qualifizierten Frauen zu.

Die Kehrseite der Auflösung des „Normalarbeitsverhältnisses“ ist eben die steigende Fluktuation und „Austauschbarkeit“ in den Betrieben, die sich mehr und mehr an bereits mitgebrachten Qualifikationen orientiert. Hierzu noch einmal Erich Blume: „Viele Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren auf Dauer weggefallen. Bei den Beschäftigungsmöglichkeiten, die derzeit neu entstehen, werden in der Regel völlig andere Kenntnisse und Fertigkeiten gefordert. Die Anpassungen an die Erfordernisse des Marktes sind nur über intensive Weiterbildungsmaßnahmen zu realisieren.“¹⁶

¹⁵ Presseinformation Nr. 30 des Arbeitsamtes München v. 06.03.96

¹⁶ Arbeitsamt München, Der Arbeitsmarkt, Eckdaten April 1996

Entsprechendes zeichnet sich auch in einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung ab. Die Frage lautete, was aus jungen Berufsanfängern drei Jahre nach Abschluß ihrer Lehre geworden sei. Für die jungen Männer sah es schon zu dieser Zeit (1993) so aus, daß weniger als die Hälfte (42 %) nach der Ausbildung noch im erlernten Beruf tätig waren.¹⁷ Bei den jungen Frauen sah es besser aus (66%); dies ist sicher durch die speziell weiblichen „nachholenden“ Erwerbsbiographien zu erklären. Eine Untersuchung sechs Jahre danach dürfte weitere gravierende Verschiebungen aufweisen.

Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitsverhältnisses bei den Banken und Versicherungen beträgt 7,1 Jahre, bei Bund, Ländern und Gemeinden 5,3 Jahre, in der Industrie 4,2 Jahre. Am Bau dagegen nur 2,4 Jahre, bei sonstigen Dienstleistungen nur 2,3 Jahre (hiebei ist allerdings die saisonale Abhängigkeit dieser Tätigkeiten zu bedenken). Vorbei ist nach der Berufsausbildung „die Festanstellung im Betrieb und die nächsten 40 Jahre eine Dauerstellung bis zur Rente“.¹⁸

Grafik: Was kommt nach der Lehre?

¹⁷ Bundesinstitut für Berufsbildung, in Globus Schaubild Ib-1432 v. 30.08.93

¹⁸ Institut für Deutsche Wirtschaft, aus Globus Schaubild Ka-9753 v. 31.08.1992

Das Ende des Dualen Ausbildungssystems läßt sich aus dem genannten jedoch nicht ableiten. Die aufgezeigten Tendenzen haben allerdings erhebliche Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit. Speziell für einzelne Gruppen Jugendlicher und letztlich für die gesamte DGB Jugendarbeit - wenn man denn die arbeitslosen abgehenden Studenten noch als jugendliche Arbeitslose bezeichnen wollen würde - ergäben sich veränderte Problemstellungen.

2.4 Jugendarbeitslosigkeit im gesellschaftlichen Rahmen

Hier noch einmal aus der Presseinformation des Arbeitsamtes München: „Nachdem in den vergangenen Jahren die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland eine veränderte Arbeitsorganisation und Kostenaspekte zu einem drastischen Abbau von Ausbildungsplätzen im gewerblich-technischen Bereich geführt haben, erhöhen viele Industriebetriebe in diesem Jahr wieder ihre Ausbildungskontingente..... Auch im Bereich des Handwerks schmilzt das große Ausbildungspotential der vergangenen Jahre zusammen. Konjunkturelle und strukturelle Einflüsse - beispielsweise die Krise in der Baubranche oder der Preis- und Leistungsdruck bei den KFZ-Vertragswerkstätten und den Zulieferfirmen der Automobilindustrie - beeinträchtigen die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe, insbesondere im Stadtgebiet München.“

Wir bestreiten die Erhöhung der Ausbildungsquoten, da uns von den Einzelgewerkschaften andere Zahlen vorliegen. Allenfalls die Stagnation in einigen Bereichen oder ein nicht mehr so dramatischer Abbau wäre aus unserer Sicht festzustellen. Deutlich werden sollte lediglich, wie die konjunkturelle und vor allem strukturelle Veränderung der wirtschaftlichen Entwicklung die Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit verstärkt. Dazu wird in den beiden folgenden Teilen noch einmal Näheres ausgeführt.

In München herrscht trotz allem mit einer offiziellen Arbeitslosenquote (April 1996) von 6.7 % noch eine ausgesprochen gute Situation. Die höchste Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hinterläßt notwendig auch hier ihre Spuren. Unter den jugendlichen Arbeitslosen (bis 25 Jahre) beträgt die Quote an den Arbeitslosen in München ca. 11 %. Jugendliche sind von der Arbeitslosigkeit also immer überproportional mehr bedroht und betroffen. Daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Jugendarbeitslosigkeit keine Ausnahme macht, scheint logisch. Sie wirkt jedoch für Jugendliche doppelt.

Das in diesem Bericht mehrfach zitierte „Normalarbeitsverhältnis“ hat eine weitere Konsequenz, die vor allem Jugendliche betrifft. Je länger jemand einem Betrieb angehört, desto mehr gesetzliche und tarifliche Schutzrechte genießt er - verständlicherweise. Die Kehrseite der Medaille bei Personalabbaumaßnahmen ist dabei allerdings die damit verbundene vergleichsweise größere Zahl von Entlassungen oder Nichteinstellung gerade Jugendlicher nach der Ausbildung. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, anlässlich der aktuellen Arbeitslosenstatistik vom Mai 1996: „Die Chancen auf Übernahme in eine unbefristete Anstellung nach beendeter Ausbildung sind weiter gesunken“.¹⁹ Ausbildungszahlen sowie die Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung werden aufgrund einzelbetrieblicher Rationalität überproportional abgesenkt - so soll die Krise erleichtert werden. Andererseits läßt sich daran die Krise der Gesellschaft auch ablesen, wie die Zahlen von 21 Münchner Großkonzernen zeigen²⁰:

	1993 - 1995	
Beschäftigte	-66.659	-10,6 %
Auszubildende	-6.711	- 25,3 %

Jugendliche tragen die Last der Krise doppelt, wenn nicht politische und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Dazu soll dieser Report anregen.

¹⁹ siehe FR v. 11.06.1996

²⁰ ISW-Wirtschaftsinfo Nr. 23 v. Sept. 1995, nach einer Blitzumfrage der IGM v. Juni 1995

3. Schwerpunktthema

Die ehemaligen Unternehmen der Deutschen Bundespost

3.1 Die Politik der DBP

Der Staatsbetrieb Deutsche Bundespost hatte vor allem im ehemaligen Fernmeldedienst eine hochqualifizierte und anerkannte Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz und war einer der größten Ausbilder im damaligen Bundesgebiet. Am Beispiel des ehemaligen Fernmeldedienstes läßt sich exemplarisch der Wandel dieses Unternehmens, die Auswirkungen auf die Ausbildungsquoten sowie die Übernahmezahlen aufzeigen. Die beiden anderen ehemaligen Postunternehmen gingen analog den gleichen Weg.

Als „Sondervermögen“ des Bundes war die Deutsche Bundespost der parlamentarischen Kontrolle unterstellt. Der Fernmeldedienst hatte ein „natürliches“ Monopol zugewiesen, aber auch zu betreuen. Die flächendeckende Versorgung des gesamten Landes (BRD alt) mit preiswerten und gleichen Kommunikationsdienstleistungen auf der einen, erforderte auf der anderen Seite die Monopolstellung, um die Investitionen die dazu notwendig waren, zu tätigen und über die Gebühren wieder rückvergütet zu bekommen. Die Technik und die Versorgung der Bevölkerung mit ihr waren Schwerpunkt des fernmeldetechnischen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland. Dementsprechend wurden zu diesem Zweck bis 1991 viele Fernmeldehandwerker (später durch die Neuordnung der Elektroberufe Kommunikationselektroniker) eingestellt und ausgebildet. Dadurch, daß die DBP der parlamentarischen Kontrolle unterlag, war es für die Postgewerkschaft lange Zeit möglich, über politischen Druck sowohl die Einstellungszahlen als auch die Übernahmezahlen zu beeinflussen.

3.2 Postreform I & II

Die Entwicklung des Telekommunikationsmarktes innerhalb des Weltmarktes und innerhalb der Europäischen Union hatte die Forderung nach einer und schließlich die Liberalisierung des Fernmeldemonopols - nicht nur in Deutschland - zur Folge.

Die weiteren Überlegungen, z.B. auch das Briefmonopol zu lockern oder gar die Postbank zu privatisieren, spielten vorerst eine nachrangige Rolle. Es ging um „den Markt der Zukunft“ mit seinen damals geschätzten 500 bis 1000 Mrd. DM weltweiten Umsatzes bis zum Jahr 2000. Das Schlagwort „Multimedia“ kam als Begriff und Marktpotential erst später hinzu.

Politisch umgesetzt wurde die Liberalisierung durch die Postreformen I und II. Postreform I diente dazu, den Verbund zwischen Fernmeldedienst, Postdienst und Postbank aufzuheben, die Postreform II dazu, diese dann eigenständigen Betriebsteile in Aktiengesellschaften umzuwandeln und für den Börsengang zu präparieren. 1996 ist nun das Jahr des Börsenganges der Deutschen Telekom AG. Der größte Börsengang der Geschichte der BRD - und der größte Börsengang der Geschichte Europas. Doch nicht nur das ist denkwürdig. Mit diesem Börsengang (später auch der Deutschen Post AG und der Postbank AG) wird ein Kapitel abgeschlossen, das massive Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit hatte und hat - auch und gerade in München.

3.3 Ausbildung „Über-Bedarf“ oder neue Unternehmenspolitik?

Wenn man die ehemalige Politik der DBP mit der Politik der Deutschen Telekom AG vergleicht, fällt vor allem der radikale Wechsel in der Markt- und Vertriebspolitik ins Auge. Für die Deutsche Telekom AG (DT AG) steht - zwangsläufig - nicht mehr die flächendeckende Versorgung (ein Gesetz, das diese Aufgabe im Wettbewerb regeln soll, steht zur Zeit noch aus) mit Kommunikationsdienstleistungen im Vordergrund. Für den Vorstand der AG ist eine anständige Gewinnerwirtschaftung, um die Ansprüche künftiger Aktionäre zu befriedigen, d.h. die Erzielung einer möglichst hohen Rendite, notwendiges Unternehmensziel geworden. Als „Dienstleistungsunternehmen“ geht es künftig darum, den Umsatz durch immer höhere Verkaufszahlen gewaltig anzuheben. Nicht mehr die Reparatur des Telefons steht jetzt im Vordergrund (das ist durch den hohen Arbeitsaufwand viel zu unrentabel) sondern der Verkauf eines neuen, vielleicht besseren - wenn das alte nicht mehr funktioniert. Bei der Deutschen Telekom AG gibt es - so gesehen - durch den drastischen unternehmenspolitischen Wechsel zuviele Techniker und - noch - zu wenig Kaufleute, sowie insgesamt bis zu 120.000 Beschäftigte zu viel „an Bord“.

Der Pressesprecher der Telekom München: „...wir haben keinen Bedarf im technischen Bereich. Derzeit stellen wir nur noch Mitarbeiter für Controlling oder Vertrieb ein. Techniker sind in dieser Wachstumsbranche nicht mehr gefragt, weil die Technik so perfektioniert ist, daß sie mit weniger „Manpower“ auskommt.“²¹

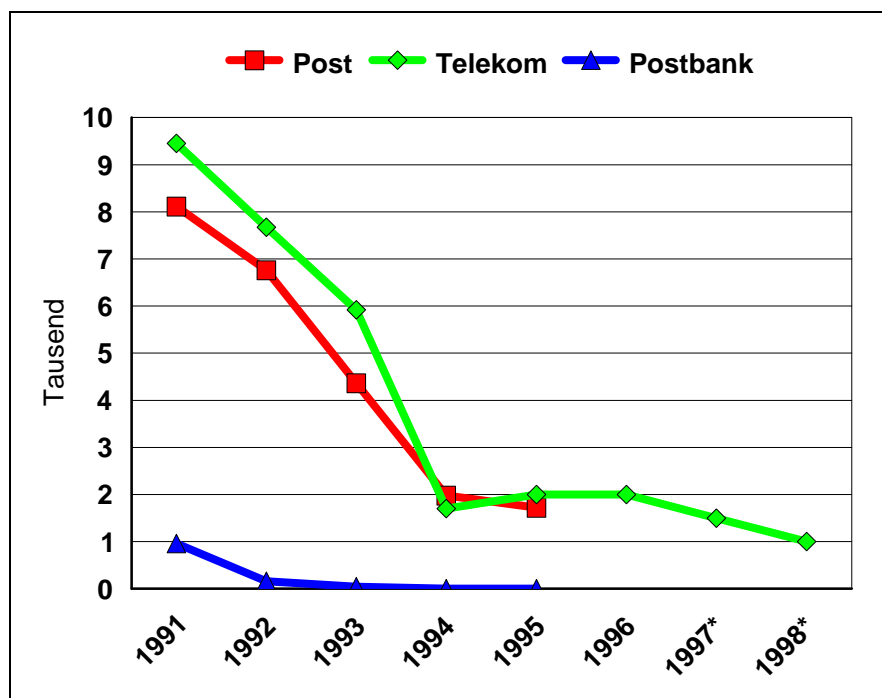
In diesem Sinne gab es tatsächlich eine gewaltige Ausbildung „Über-Bedarf“ und letztlich Fehlqualifikation. Beim vorgesehenen Personalabbau der DTAG und ihrer Tochterunternehmen spielt folglich der Bereich „ausbildungstarker Jahrgänge“ die größte Rolle. Nach Angaben der Generaldirektion Telekom werden vom Abbau der derzeit offiziell geplanten 60.000 Arbeitsplätze im mittleren fernmeldetechnischen Dienst ca 30.000 und im einfachen fernmeldetechnischen Dienst ca. 13.500 bestehenden Arbeitsplätze betroffen sein.²² Als weiterer Weg der Korrektur ist im Unternehmen ein gewaltiges Umschulungsprogramm initiiert worden. Es gibt innerbetriebliche Fortbildungsprogramme für alle Außendienstmitarbeiter zum „betriebswirtschaftlichen Denken und kundenfreundlichen Verhalten im Service“. Es gibt sowohl Studienförderprogramme zur Umschulung auf Betriebswirtschaft in den eigenen Akademien als auch als externes Studium. Ein gewaltiger Vertriebsapparat (mit der notwendigen Fortbildung) wird aufgebaut, der technische Bereich wird dafür konsequent abgebaut. Bei der vollständigen Digitalisierung des Telekommunikationsnetzes werden fast keine Mitarbeiter mehr in diesem Bereich benötigt (a.a.O.).

Was bei den jetzt Beschäftigten erst noch vollzogen werden muß, nämlich der Abbau von mindestens 60.000 Arbeitsplätzen (bei ca. 240.000 Beschäftigten), wurde seit 1991 bei den Ausbildungszahlen sowie der Nichtübernahme nach bestandener Ausbildung bereits durchgeführt. Einzig durch Bedarf und politische Quoten der neuen Bundesländer wurden die Ausbildungs- und Übernahmezahlen etwas höher gehalten. Folgende Grafik zur Entwicklung von Ausbildungsplatzzahlen bei der Telekom soll das veranschaulichen (Post und Postbank zum Vergleich).

Die regionalen Unterschiede, die aus dieser Statistik nicht ersichtlich sind, stellen sich teilweise noch sehr viel drastischer in der Auswirkung dar.

²¹ Münchner Merkur v. 17.8.94

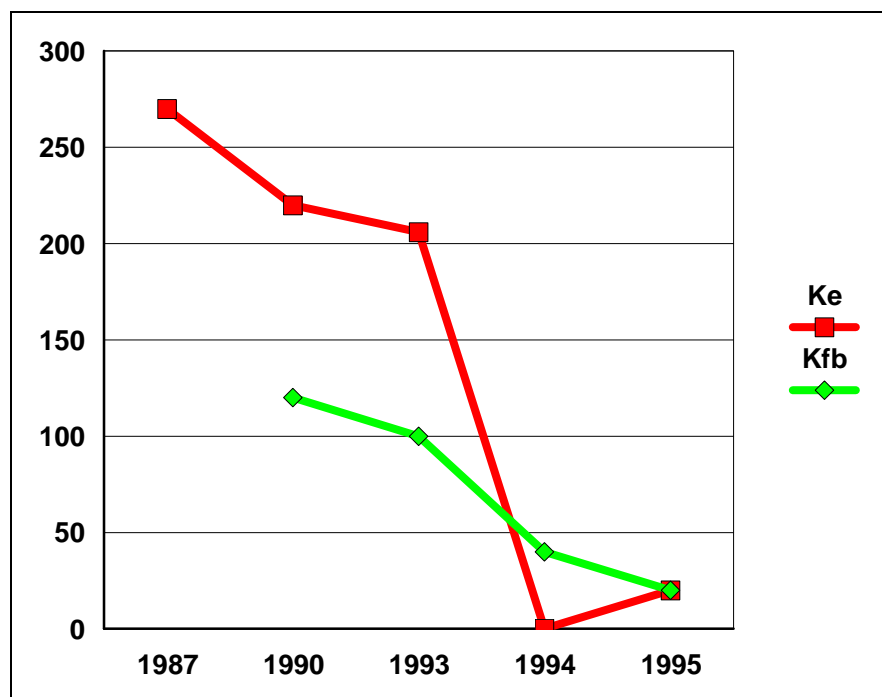
²² Alles nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft, Bezirksverwaltung München sowie eigenen Erfahrungen



Quelle: Deutsche Postgewerkschaft, Bezirksverwaltung München, eigene Grafik.

Dargestellt sind jeweils alle Ausbildungsgänge eines Unternehmens. * Zahlen für 1997/1998 geschätzt

Insbesondere in München hat der Ausbildungsplatzabbau bei der Deutschen Telekom AG dazu geführt, daß so gut wie keine Ausbildung und letztlich auch keine Übernahme mehr erfolgt. Im Zuge dieses Abbaus wurden in München von 3 Ausbildungsstellen 2 geschlossen, die Ausbildungsquoten bei KommunikationselektronikerInnen - im Jahr 1993 noch bei 206 Auszubildenden gelegen - wurde 1994 auf Null abgesenkt und erst 1995 wurden wieder 20 KommunikationselektronikerInnen eingestellt - allerdings ohne Aussicht, nach beendeter Ausbildung einen Arbeitsplatz zu bekommen. Folgende Grafik soll das drastische Abfallen im gewerblich-technischen Bereich im Raum der Stadt München (beginnend mit den „ausbildungsstarken Jahrgängen“) verdeutlichen.



Alle Angaben: Deutsche Postgewerkschaft, Bezirksverwaltung München, eigene Grafik.

(Ke = Kommunikationselektroniker, Kfb = Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation)

Hinzu kommt die Situation der Nichtübernahme im erlernten Beruf. Wenn im Gesamtkonzern annähernd 100 000 Beschäftigte „abgebaut“ werden sollen, werden logischerweise keine Azb nach beendeter Ausbildung eingestellt, selbst wenn die Belegschaft durch diese Maßnahmen drastisch überaltert. 1994, 1995 sowie 1996 wurde im Gebiet München Stadt, ähnlich wie in allen alten Bundesländern (Übernahmemöglichkeiten und Angebote gab es lediglich in den neuen Bundesländern), kein Ke nach abgeschlossener Ausbildung übernommen.

Dies alles muß vor dem Hintergrund eines ständig steigenden Überstundenberges im Telekom-Service gesehen werden. Auch hier wieder trifft es die Jugendlichen doppelt - durch Streichung der Ausbildungsplätze und Nichtübernahme nach der Ausbildung. Die Folgewirkungen (nicht nur durch den Abbau bei der Telekom) bleiben selbst vor den Berufsschulen nicht stehen. So sank die Zahl der Schüler im Städt. Berufsbildungszentrum für Elektrotechnik im 1. Ausbildungsjahr von 309 auf 132 und die Zahl der Klassen von 13 auf 6. Folge: Bis 1996/97 sind 50 Lehrkräfte überflüssig. Rückwirkungen der Jugendarbeitslosigkeit auf den „normalen“ Arbeitsmarkt - neben dem direkten Zugang der nichtübernommenen jungen KommunikationselektronikerInnen.

3.4 Telekommunikation, Multimedia und Jugendarbeitslosigkeit

Der „Markt der Zukunft“, der Telekommunikationsmarkt, soll nun langfristig all diese Probleme lösen können - wenn erst die Deregulierung erfolgt ist. Das ist jedenfalls die Meinung der Regierungskoalition und vieler Marktapologeten. Wohl kann und wird der Markt die vorausgesagten Prognosen erreichen - allerdings nur im Bereich der Umsatzzahlen. Die Prognosen der Beschäftigungswirkung werden sich dagegen als gewaltige Fehleinschätzung entpuppen. Der Wunsch scheint hier sehr Vater des Gedanken zu sein. Evident scheint uns eher, daß in diesem hochproduktiven Bereich immer weniger Menschen immer höhere Umsatzzahlen erzielen können - und werden..

Grafik: Multimediale Welt



Als Beispiel mag hier der Mobilfunk dienen. Kein Markt im Bereich der Telekommunikation hat größere Zuwachszahlen - teilweise sind es bis zu zweistellige Zuwachsraten bei den Mobilfunkteilnehmern - zu verzeichnen (oder wird sie verzeichnen) als der Mobilfunk.

Im gesamten Bereich der Mobilfunktechnik waren 1994 ca. 7.300 Beschäftigte zu verzeichnen.²³ Nach Auskunft der Postgewerkschaft ist in allen Bereichen bereits jetzt die Personalspitze erreicht, d.h. die Firmen beginnen bereits wieder mit dem Abbau von Beschäftigten. Allenfalls durch Beteiligungen im Ausland wären noch Zuwächse zu verzeichnen. Im Mobilfunkbereich zeigt sich das Problem des Telekommunikationsmarktes am deutlichsten: Sobald das Netz, oder allgemeiner die Technik, installiert ist und funktioniert, wird sie quasi zum „Selbstläufer“, funktioniert also weitgehend ohne Beschäftigte. Weiter fortgesetzt heißt das, daß dieser Bereich boomen kann (und wird) bei gleichzeitigem Abbau von Arbeitsplätzen. Für diese Annahme spricht auch, daß im Bereich der Informationswirtschaft 1994 gut 11 % des Bruttoinlandsproduktes (ca. 392 Mrd. DM) erwirtschaftet wurden, dagegen mit ca. 1,4 Mio. Beschäftigten (bei ca. 28 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in West und Ost) nur fünf Prozent aller Arbeitsverhältnisse im Bereich Informationswirtschaft bestehen.²⁴

Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft und weiter zur Kommunikationsgesellschaft scheinen einerseits am Wegesrand die Arbeitsplätze abhanden zu kommen, während andererseits „Mega“Allianzen von Unterhaltungs-, Kommunikations (Strom-) konzernen und Banken zur Finanzierung der notwendigen Infrastrukturleistungen sichtbar werden. Diese Entwicklung läßt sich an Beispielen in anderen Ländern gut verfolgen. Fusionen der Medien- und Telekommunikationskonzerne, wie in den USA zwischen Bell Atlantic und Nynex, haben gewaltige Auswirkungen auf die vorhandenen Arbeitsplätze. „Die Fachleute streiten sich freilich, was die Folgen dieser Konzentration sein werden. Zumindest kurzfristig wird sie wohl Tausende von Arbeitsplätzen kosten: AT&T hat bereits Anfang des Jahres angekündigt, daß in den nächsten Monaten 40.000 Jobs gestrichen werden. Und die sieben „Baby Bells“ dürften 50.000 Beschäftigte nach Hause schicken“.²⁵ British Telekom hat in zehn Jahren durch ihre Privatisierung im Zuge der Marktöffnung in Großbritannien über 100.000 Arbeitsplätze verloren. Inwieweit diese Auswirkungen speziell Jugendliche betreffen, ist aufgrund der Datenlage nicht zu analysieren. Zu berücksichtigen ist hier sicher, daß diese beiden Länder wesentlich andere Ausbildungsstrukturen haben als die BRD. Überproportional viele jugendliche ArbeitnehmerInnen dürften trotzdem auch hier betroffen sein.

²³ DeTeMobil ca. 3700, Mannesmann ca. 2300 und e-Plus ca. 1300 Beschäftigte - ohne Zulieferer, Provider und Handel bzw. Handwerk. Alle Angaben aus Info 2000, Bericht der Bundesregierung, Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn 1996

²⁴ a.a.O.

²⁵ „Telekommunikationsgesetz in den USA stößt Hochzeitsreigen an“ in FR v. 23.04.96

Die wahrscheinliche Entwicklung in der BRD beschreibt Bundespräsident Roman Herzog in einer Ansprache auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie:

„Die elektronische Datenverarbeitung, die Verkürzung der Informationswege, der PC am Arbeitsplatz, der Laptop auf dem Schoß im Flugzeug und im Zug und schließlich immer wieder das Internet führen zur Abschmelzung zahlreicher traditioneller Arbeitsplätze, zum Wegfall ganzer Betriebsstrukturen und Entscheidungsebenen“²⁶

Zu Ende gedacht, wird eine weitere, höhere Problemebene sichtbar, die Globalisierung der Wirtschaft durch und wegen der modernen Telekommunikation. Heute bereits werden Softwareprogramme von Programmierern in Bangalore, Indien, erstellt um dann in Europa oder in den USA auf den Markt gebracht und verkauft zu werden. Diese, durch „Mega“Allianzen in hohem Maße monopolistisch oder oligarchisch strukturierte Globalisierung ermöglicht und fördert nicht nur die weltweite Konkurrenz der ArbeitnehmerInnen, sondern ist unserer Ansicht nach so „selbstproduktiv“, daß der Verlust der Arbeitsplätze durch diese Produktivität - auch langfristig - nicht ausgeglichen werden kann. Effektive Entwicklung und Herstellung dieser neuen Techniken setzen nicht nur ihren eigenen Einsatz voraus, sondern beschleunigen dadurch ihre eigene Weiterentwicklung den Einsatz in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen und dadurch gesamtgesellschaftliche Produktivitätsfortschritte exponential. „Das Gute an den langen Kondratieff-Wellen (Ökonomische Theorie) aber ist die lange Boomphase danach. Aber auch hier sage ich, aus vier Vorgängen kann man nicht auf die Zuverlässigkeit des fünften schließen.“²⁷ Wie treffend und gleichzeitig problematisch diese Einschätzung von Roman Herzog ist. Wir denken daß durch den gewaltigen „Produktivitätssprung“ nur noch sehr viel weniger Beschäftigte in Lohn und Brot stehen werden.

Die übrigbleibenden Arbeitsplätze sind von klassischen Arbeitsverhältnissen weit entfernt. „Immer mehr Dienstverträge, also nichtselbständige Arbeit, werden aufgrund der attraktiven Anreize der Informationstechnik durch Werkverträge, also selbständige Arbeit ersetzt.“²⁸ noch einmal Roman Herzog hierzu.

²⁶ Herzog, Roman, „Ergebnislose Debattenrituale können wir uns nicht leisten“ in FR v. 28.06.96

²⁷ a.a.O.

²⁸ a.a.O.

Weiter das UNI-Magazin 4/96:²⁹ „Bei der Hamburger IS Internet Services entstand über ein Franchising-System ein dichtes Netz von 120 lokalen Einwählpunkten, sogenannte Service Center, die oft von DV-Dienstleistern oder Kommunikationsberatungsfirmen organisiert werden...Point of Presence beschäftigt heute 20 Mitarbeiter, davon rund die Hälfte als freie Mitarbeiter.“ Neue „Schein“-Selbständigkeit (Stichwort: Teleheimarbeit) als zukünftiges zentrales Problem gewerkschaftlicher Interessensvertretung auch und gerade im Hochtechnologiebereich zeichnet sich mehr als deutlich ab. Noch mehr aber die Problematik für die Duale Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit.

Schafft es der Telekommunikationsmarkt mit Multimedia schon nicht, denjenigen Menschen neue Arbeit zu geben, die durch seine enorme „Eigenproduktivität“ arbeitslos werden, wie soll er dann all diejenigen aufnehmen, die durch den "Produktivitätssprung" in den sonstigen Bereichen der Gesellschaft wegrationalisiert werden?

Noch einmal - am Beispiel des Internet - ein Rückbezug zur ersten Analyse dieses Reports, den gestiegenen Anforderungen an Berufseinsteiger: Das Internet selbst kann durch seine Struktur keine Arbeitsplätze schaffen. Diese entstehen allenfalls bei den sogenannten Providern, also Anbietern von Internet-Dienstleistungen. Das UNI-Magazin Nr. 4/96 (a.a.O.) hatte in der angegebenen Ausgabe ein Special zum Thema Online. Bei der Berufsbeschreibung der größten Online-Anbieter ist folgendes vermerkt: „Rund 70 Prozent ihrer Stellenangebote richten sich an Hochschulabsolventen, die mit dem Internet und der neuen Technik Erfahrungen haben. Die Online-Dienste beschäftigten bislang viele Quereinsteiger, die sich das Know-how im Job oder in der Freizeit erwarben....Bei Comuserve (einem der großen Provider) ändert sich gegenwärtig die Personalpolitik. Das Personal wird nicht mehr anhand der Quereinsteiger und Freaks rekrutiert, die sich bei der Firma melden. In den großen Stellenanzeigen werden heute Wirtschaftswissenschaftler, Informatiker, Ingenieure mit konkreten Qualifikationen gesucht. Chancen werden insbesondere den Absolventen eingeräumt, die sich schon an der Hochschule in speziellen Kursen mit der Multimedia- und Online-Technik beschäftigt haben“. Der vielleicht entscheidende Satz ist bei dem Hinweis auf Qualifikationsanforderungen eher versteckt.

²⁹ UNI-Magazin Nr. 4/96, Juni 1996, Hrsg.: Bundesanstalt für Arbeit

Er lautet: „Prognosen darüber, in welchem quantitativen Umfang Provider Arbeitsplätze schaffen, oder ob der technische Service in Zukunft automatisierbar sein wird, wagt derzeit niemand.“ Dazu auch der Allgemeine Hochschul-Anzeiger Nr. 30 „Multimedia wird also auch die Arbeitsplätze aller in der Kommunikationswirtschaft tätigen Fachleute mehr oder weniger verändern. Diese Umwälzung wird zum Teil gravierender sein als die Einführung des Computers. Ob mit dieser Entwicklung auch eine große Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Vor übertriebenen Hoffnungen sei aber gewarnt.“³⁰

Wenn unsere Analyse stimmt, dann lautet die Prognose: Auch Multimedia und der Telekommunikationsmarkt sind für die Arbeitslosigkeit, insbesondere die der Jugendlichen, nicht der Markt der Zukunft - und somit keine Lösung, auf die man hoffen kann. Wenn man zusätzlich bedenkt, daß das große Reservoir, das beim Umschwung in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft die bis dahin entstandenen Arbeitslosen aufgefangen hat, der öffentliche Dienstleistungssektor aufgrund der Schuldenlage ebenfalls in erheblichem Maße Arbeitsplätze abbauen wird, dann kann man sich die Arbeitslosigkeit der Zukunft - insbesondere für die Jugend - sehr gut ausrechnen.

³⁰ Allgemeiner Hochschul-Anzeiger, Nr. 30, Sommersemester 1996, Zeitung für Studium und Berufseinstieg, Verlagsgruppe Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. 11

4. Jugendarbeitslosigkeit in München

4.1 Strukturen in München

In München zeigt sich die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft überdeutlich. Durch die Zentralisierung der meisten bayerischen Behörden sowie der Ansiedlung anderer, privater Dienstleister wie z.B. den Banken oder dem Buchhandel in München hat, die Landeshauptstadt eine spezifische „Münchner Mischung“. 72 % der Arbeitsplätze bestehen im Dienstleistungssektor. Der produzierende Bereich liegt demgegenüber bei 22 %.³¹ Zudem befindet sich in München keine der durch Strukturkrisen gefährdeten Industrien, so daß der Oberbürgermeister, Christian Ude, auf der 3. Beschäftigungskonferenz der LH München am 2.08.1995 zurecht behaupten kann: „Wir müssen die gute Struktur nicht erfinden, sondern wir haben sie. Wir müssen sie über die Krise retten.“ München ist also für die Zukunft gut gerüstet, befindet sich doch auch ein beträchtlicher Teil des zukünftigen Telekommunikationsmarktes in München als Zentrum und Drehscheibe des Handels- und Dienstleistungsgewerbes. Zu betrachten wäre lediglich, inwiefern nicht die Gemeinden um München (z.B. Unterschleißheim/Lohhof, Garching/Hochbrück usw.) durch gewaltige neue Industriegebiete und der „profitablen“ Nähe zu München das Abwandern von Arbeits- und Ausbildungsplätzen - insbesondere des gewerblich-technischen Bereiches - ins Umland zur Folge hatte.

4.2 Fakten und Trends (Arbeitsmarkt und IG G's)

Umso problematischer zeigt sich aufgrund der Münchner Strukturen Analyse des Ausbildungsstellenmarktes in München. Hier kann sich München wiederum als Vorreiter der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft zeigen. „Erstmals seit 1987 gibt es auch in den alten Bundesländern weniger Lehrstellen als Bewerber. Nach jüngsten Berechnungen kommen im Westen 439600 Bewerber auf nur 438800 gemeldete Ausbildungsstellen.“³²

³¹ Thiermeyer, Hubert, u.a. ISW-Wirtschaftsinfo extra Nr. 23, München

³² „Jetzt auch im Westen mehr Bewerber als Lehrstellen“, Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, in FR v. 12.06.96

Bernhard Jagoda meldet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang der gemeldeten Lehrstellen um sieben Prozent (alte Länder) bzw. zwei Prozent (neue Länder). Gleichzeitig stieg die Zahl der Bewerber im Westen um sieben, im Osten um zehn Prozent³³ Diese Entwicklung muß natürlich auch München betreffen.

Dazu aus den Statistiken des Arbeitsamtes München v. 31.05.96:

	April 1995	April 1996	Veränderungen
Gemeldete Stellen	13.595	11.989	-12%
Unbesetzte Stellen	6.496	4.743	-27%
Gemeldete Bewerber	6.742	7.517	+11%
Unvermittelte Bew.	3.618	4.199	+16%

Grafik: Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft

³³ „Hürden auf dem Weg ins Berufsleben werden höher“, in FR v. 10.07.96

Noch beängstigender wird es bei der Betrachtung des Angebotes einzelner Berufsgruppen:

	1995	1996	Veränderung
Metall	1.975	1.696	-14%
Elektro	860	810	-6%
Textil / Leder	126	103	-18%
Ernährung	704	667	-5%
Bau-/Baunebenber.	1.000	711	-29%
Techn. Berufe	157	143	-9%
Waren- und Dienstl.	4.065	3.787	-7%
Org./Verw. Berufe	2.112	1.880	-11%
Sonstige Dienstl.Ber.	1.989	1.540	-23%
Gesamt	13.595	11.989	-12%

Quelle: Statistiken des Arbeitsamtes München v. 31.05.96

Hier soll noch einmal der Rückbezug zur eingehenden Analyse des Reports erlaubt sein. Der teilweise dramatische Schwund des Lehrstellenangebotes ist als Zeichen des geschwundenen Stellenwertes beruflicher Erstausbildung ein langfristiger Trend. Diese Situation wird daher entweder stagnieren oder sich mit weiterem Ausbildungsplatzabbau fortsetzen. Für diese langfristigen Tendenzen sprechen gerade die Zahlen im Raum München. Inwieweit also die „Münchner Mischung“ lediglich über die Krise gerettet werden muß (OB Ude), bleibt fraglich. Einer genaueren Analyse wäre sicher ein eigener Report geschuldet.

Einige ausgewählte Daten aus verschiedenen Bereichen der Eingelgewerkschaften sollen noch einmal der eingehenderen Interpretation dienen.

Die langfristige Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes in München stellt sich anhand folgender Zahlen so dar:

Berufsberatungsjahr	Ausbildungsstellen (Angebot)
1991/92	22.817
1992/93	19.741
1993/94	15.602
1994/95	13.595
1995/96	11.989*

Quelle: ISW-Wirtschaftsinfo Nr. 23 und Statistiken des Arbeitsamtes München v. 31.05.96,

* Stand April 1996, d.h. die Zahl kann sich noch leicht erhöhen.

„Die gesamtwirtschaftliche Ausbildungsquote ist im vergangenen Jahr (1994) weiter gesunken. Nur noch 5,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten waren in einer beruflichen Ausbildung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 8,5 Prozent und im Durchschnitt der Achtziger Jahre 8,3 Prozent.“³⁴ So meldet es das Institut der deutschen Wirtschaft. Ist die gesamtwirtschaftliche Quote schon auf einen extrem niedrigen Stand abgesunken, so ist die Ausbildungsquote im Arbeitsamtsbezirk München mit 4,1 Prozent (30.06.94) noch weit unter der gesamtwirtschaftlichen Quote.

Der dramatische Abbau von Ausbildungsplätzen in München ist damit vorerst - auf niedrigstem Niveau - gestoppt. Das weisen auch die Daten der Einzelgewerkschaften aus. Zum gewerblich-technischen Bereich (Organisationsbereich der IGM) kann festgestellt werden, daß beides, also Stagnation (bzw. stellenweise leichte Erhöhung bestimmter Ausbildungszahlen) sowie ein weiterer Abbau von Ausbildungskapazitäten vorhanden ist. So hat z.B. die MAHAG in München von 1993 mit 140 Ausbildungsplätzen bis 1995 auf 100 Ausbildungsplätze reduziert, während z.B. Krauss Maffei nur leicht von 53 Ausbildungsstellen in 1993 auf 51 Ausbildungsstellen in 1995 reduzierte (1994 - 47 Ausbildungsstellen)³⁵. Derzeit noch ohne konkrete Zahlen bleibt die Angabe der HBV bezüglich einer Reduzierung des Ausbildungsplatzangebotes im Bereich des Einzelhandels, vor allem jedoch im Bereich der Banken.

Für den öffentlichen Dienst in München werden die Tendenzen dagegen wiederum deutlicher. So hat z.B. die Landeshauptstadt München - ohne die Stadtwerke München - ihre Ausbildungsstellen von 1993 mit 468 Ausbildungsplätzen über 1994 (314 Ausbildungsplätze) auf 323 Ausbildungsplätze 1995 reduziert. Im Bereich anderer Behörden (z.B. Länderbehörden, LVA, Finanzamt, Universität usw.) hat sich das Angebot von 174 Plätzen 1993 über 133 Plätze 1994 auf 114 Plätze 1995 verringert. Ein Trugschluß wäre es allerdings, die teilweise dramatischen Rückgänge im Bereich des öffentlichen Dienstes nur darauf zurückzuführen, daß „die Ausbildungsverträge von Bahn und Post seit deren Privatisierung nicht mehr dem Ausbildungsbereich öffentlicher Dienst, sondern den Kammerbereichen zugerechnet werden.“³⁶ Dazu sollen neben den Zahlen der Deutschen Telekom AG im Schwerpunktthema Zahlen der Deutschen Bahn AG dienen.

³⁴ Veröffentlichung des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 15 v. 13.04.95

³⁵ Umfrage der IGM unter Betriebsräten

³⁶ Berufsbildungsbericht aktuell Nr. 1/1996, Hrsg.: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft Forschung und Technologie

1995 wurde das gewerblich-technische Ausbildungsplatz-Angebot in Südbayern gegenüber 1994 von 317 auf 114 (-64 %) reduziert. 1996 wurde das Ausbildungsplatz-Angebot nochmals von 114 auf 82 (-27 %) Ausbildungsplätze gekürzt. Diese unternehmenspolitische Entscheidung bedeutet, daß von 9 Ausbildungsstellen für gewerblich-technische Berufe 6 Stellen geschlossen werden. Bei den 3 verbleibenden Ausbildungsstellen sollen die vorhandenen Kapazitäten reduziert werden. Nachdem am 30.06.95 bereits die Ausbildungsstelle Freimann mit 140 Ausbildungsplätzen geschlossen wurde, würde damit eine weitere Ausbildungsstelle in München von der Schließung betroffen sein. Die nichttechnische Berufsausbildung der Bahn bleibt demgegenüber mit Schwankungen relativ konstant.³⁷ Die abgebauten Ausbildungsplätze können schlechterdings den Kammerbereichen zugerechnet werden - jedenfalls nicht im ehemaligen Umfang.

Nachdem sich der Ausbildungsplatzabbau vorläufig beruhigt zu haben scheint, gerät ein weiteres Problem der Jugendarbeitslosigkeit umso erschreckender ins Blickfeld - die Nichtübernahme nach abgeschlossener Berufsausbildung. Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) meldeten sich im Westen 80.000 oder 19 % aller Absolventen und im Osten 30.000 oder 30 % nach der betrieblichen Ausbildung arbeitslos.³⁸ „Am Ende ihrer betrieblichen Ausbildung steht mit stark zunehmender Tendenz die Arbeitslosigkeit. 445.000 Erwerbslose sind derzeit jünger als 25 Jahre, ein Anstieg um vier Prozent zum Vormonat und um zwölf Prozent zum Vorjahr.“³⁹ Unter den registrierten Erwerbslosen befinden sich mehr als 100.000 Jugendliche unter 20 Jahren, was einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um 14,8 Prozent entspricht.⁴⁰ Auch Bernhard Jagoda stellt dazu fest, daß von der allmählichen Belegung der Produktion und einem leichten Wachstum „am Arbeitsmarkt nichts zu spüren ist“. Bereits bei der Deutschen Telekom AG, dem Bereich Multimedia und der Telekommunikation hatten wir die Ursache des Problems aufgezeigt. Für uns folgt daraus, daß es in Zukunft verstärkt Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Abbau von Arbeitsplätzen geben wird. Ein sehr problematisches, neues Problem in der Industriegeschichte der BRD.⁴¹

³⁷ Alle Angaben: Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung München

³⁸ Handelsblatt v. 15.05.95

³⁹ „Hürden auf dem Weg ins Berufsleben werden höher“, in FR v. 10.07.96

⁴⁰ „Alarmierende Lücke im Lehrstellenmarkt“, in FR v. 10.07.96

⁴¹ Anmerkung hierzu: Das alleinige „anbieten“ des Wirtschaftswachstums - mit teilweise schon götzenhaften Zügen - wird die Probleme der Zukunft noch weniger lösen als bisher bereits. Nicht alleine aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen also ist hier ein dringendes Umsteuern der Politik unerlässlich.

„An der Zunahme der Arbeitslosigkeit konnten nach Erkenntnissen des IAB auch die in einigen Tarifbereichen (Chemie, Metall, Elektro) erzielten Übernahmevereinbarungen und die Teilzeitregelungen oder befristeten Verträge einzelner Unternehmen nichts ändern.“⁴² Weiter warnt das IAB vor einer künftigen Unterschätzung des Problems an der zweiten Schwelle, also dem Übergang in ein ordentliches Arbeitsverhältnis. „So seien Rückgänge (der nach der Ausbildung arbeitslos gemeldeten d.R.) in Westdeutschland zum Teil darauf zurückzuführen, daß ein Teil der jungen Fachkräfte erst nach einer befristeten Übernahme von 6 Monaten arbeitslos wurde, damit aber nicht mehr in der entsprechenden Statistik erscheinen.“⁴³ Auch hierauf wäre also die Arbeitslosenstatistik in München zu untersuchen bzw. wären die Einzelgewerkschaften und Betriebe zu befragen. Dies bleibt einem späteren Zeitpunkt und einer eigenen Untersuchung vorbehalten.

⁴² „Keine Entwarnung bei der Übernahme“, Handelsblatt v. 15.05.95

⁴³ a.a.O.

5. Konsequenzen und Forderungen

5.1 Gesellschaftspolitische Konsequenzen

Welche Forderungen und Konsequenzen können sich nun aus den Analysen und Entwicklungen ergeben? Sicher nicht die der Lehrstellenidee von Biedenkopf und Schröder. In einem verspäteten Aprilscherz machten sie den Vorschlag, daß sich drei Auszubildende zwei Ausbildungsplätze teilen sollten - mit allen Konsequenzen.⁴⁴ Eine solche Schmalspurausbildung analog dem Job-Sharing würde nur einen weiteren Verfall des Stellenwertes beruflicher Erstausbildung zur Folge haben. Davon abgesehen zeugt dieser Vorschlag, rein unter dem Kostenaspekt betrachtet, nicht gerade von großer Gedankenvielfalt und Analysefähigkeit.

Ebenfalls keine Perspektive bietet der „Gemeinsame Appell der Spitzenorganisationen der Wirtschaft in Bayern zur Beseitigung von Ausbildungshemmnissen“ vom Februar dieses Jahres (siehe dazu auch den Anhang dieses Readers). Die reine Betrachtung der Berufsausbildung unter dem Kostenaspekt - die in aller Regel gar nicht stimmig ist - der Einzelbetriebe führt zu einer völligen Schiefelage der Analyse und greift letztlich immer viel zu kurz.

Langfristig und gesellschaftspolitisch notwendig wäre vielmehr, die Dualität zwischen beruflicher Erstausbildung und betrieblicher Weiterbildung sinnvoll zu verbinden und zu ergänzen. Gerade in der Zeit, in der der Informationsverfall nie gekannte Ausmaße angenommen hat, kann ein solide und qualifizierende Erstausbildung ein grundlegender Baustein für lebenslanges Lernen sein. Die Ausbildung mit dem Ziel der „Informationskompetenz“ kann durch ihren immanenten Praxisbezug in den jeweiligen Betrieben speziell für diese von immensem Vorteil sein. „...kommt der betrieblichen Weiterbildung besondere Bedeutung zu, da in Zukunft allein das „lernende Unternehmen“ in der Lage sein wird, den unablässigen Wandlungsprozessen die Stirn zu bieten. Deshalb wird die betriebliche Lern- und Verbesserungsprozedur zwangsläufig zum unverzichtbaren Standard des wettbewerbsfähigen Betriebes aufsteigen.“⁴⁵

Aufbauend auf eine qualifizierte Ausbildung bietet dieser Weg betriebsspezifische Vorteile. Verbunden mit eigenständigen Wegen betrieblichen Fortkommens und Aufstiegs in der Hierarchie könnte eine solche Entwicklung den Anreiz zu beruflicher Ausbildung für beide Seiten deutlich erhöhen.

⁴⁴ Ein „Aprilscherz mit Verspätung“, FR v. 31.05.96

⁴⁵ „Wenn alle eine Sprache sprechen“, SZ Teil Bildung und Beruf v. 1./2.06.96

„Sinnvolle Weiterbildung zeichnet sich aber nicht nur durch die richtigen Lehrmethoden aus, sie muß überdies Brücken schlagen zwischen den Hierarchiestufen des Unternehmens.“⁴⁶ Die persönliche Bindung an das und Identifikation mit dem Unternehmen, heute oft mit dem Schlagwort „Corporate Identity“ bezeichnet, wird doch gerade mit einer guten Ausbildung und darauf aufbauenden betrieblichen Fortkommensmöglichkeiten in vorbildlicher Weise gewährleistet.

Weiterer Vorteil beruflicher Erstausbildung mit anschließendem beruflichen Aufstieg ist die leichtere Vermittlung sozialer Kompetenz. Im Zeitalter von Lean-Management, Lean-Produktion und Gruppenarbeit, wird diese in der beruflichen Erstausbildung praktisch „on the job“ erlernt und geübt. Einzige Voraussetzung - die Ausbildung wird qualifiziert durchgeführt. Hier zeigt sich auch der Unterschied zum studentischen Lernen, das im Regelfall auf die individuelle Wissensaneignung zielt, während es in der Ausbildung durch Leittextmethoden zumindest angelegt ist, in der Gruppe (Team) gemeinsam die besten Lösungen zu erarbeiten.

Der DGB hält es darüberhinaus für notwendig, analog der Zuerkennung der mittleren Reife, bei einem guten Prüfungsergebnis am Ende der Ausbildung mit einer qualifizierten und guten beruflichen Erstausbildung den Weg an die Hochschulen zu öffnen. Keinesfalls kann und darf das aber der einzige Weg sein. Unserer Einschätzung nach könnte die Anerkennung der Ausbildung als Voraussetzung für den Hochschulzugang die gesellschaftlichen Entwicklungen weiter zementieren und der Stellenwert der beruflichen Erstausbildung stünde in Gefahr, noch weiter abzusinken. Wenn es stimmt, daß es „für die ganz überwiegende Zahl der Studenten schlicht um eine für den Arbeitsmarkt qualifizierende Ausbildung geht“⁴⁷ wie wir im ersten Teil des Reports darlegten, dann liegt eine gewaltige Fehlentwicklung vor. Dieses Problem der falschen Bewertungs- und Anerkennungshierarchie bringt Bundespräsident Roman Herzog gut auf den Punkt: „Ein Hochschulabschluß schlägt heute immer noch jeden Berufsabschluß im dualen System.“⁴⁸

Karlheinz A. Geissler schreibt hierzu: „Warum könnte es nicht zwei Wege zum Berufsschullehrer geben?“

⁴⁶ „Wenn alle eine Sprache sprechen“, SZ Teil Bildung und Beruf v. 1./2.06.96

⁴⁷ Roman Herzog beim Empfang für die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz, aus FR v. 09.07.96

⁴⁸ a.a.O. - Anmerkung dazu: Nach unserer Auffassung könnte eine zweite Säule im Bildungswesen, die sich nicht primär an den Universitäten und deren (meist formalem) Abschluß orientiert das Problem der Überlastung der Universitäten zumindest entzerren. Nicht die Einführung von Studiengebühren sondern die Rücknahme der „ausbildungsfremden“ Bereiche der Universitäten in den Bereich der beruflichen Bildung ist für uns der Lösungsansatz. Es kann allerdings ebenfalls nicht Aufgabe dieses Readers sein, diesen Gedankengang näher zu explizieren.

Einen, der über die Ausbildung an Universitäten (wie bisher) verläuft, und einen, der über eine systematische inner- und überbetriebliche Aus- und Weiterbildung geschieht....Analoges ist für die Karrierewege der betrieblichen Weiterbildner denkbar....Dies wäre auch eine Alternative zu dem strukturkonservativen Vorschlag der Unternehmensverbände und Gewerkschaften, den Zugang zu den Hochschulen zu öffnen, in dem nochmal die überkommene Vorstellung zementiert wird, die Hochschulausbildung sei der Königsweg der Bildungskarriere.“⁴⁹

Für Unternehmen sollte immer schon gegolten haben, daß nicht alleine kurzfristiges Kostendenken die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens sichert. Die Grenze, statt „überflüssigem Speck“ wertvolles „Muskelfleisch“ abzubauen, ist sicher oft genug bereits überschritten. Berufsausbildung „muß vielmehr langfristig angelegt sein, um für die Zukunft eine solide Wissensbasis zu schaffen. Und sie muß jedem / jeder Jugendlichen überhaupt die Chance geben, eine zukunftsorientierte Ausbildung zu absolvieren...denn qualifizierter Fachkräftenachwuchs und ein attraktives, modernes Bildungssystem sind Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland (aus: Berufsbildungsbericht 1996).“⁵⁰

Im Aufruf der Präsidenten der Spitzenverbände der Wirtschaft heißt es demzufolge: „Es gilt heute auszubilden, damit morgen die benötigten Fachkräfte eingesetzt werden können. Wer nicht ausbildet, hat auf Dauer Wettbewerbsnachteile.... Ausbildung ist eine unternehmerische Aufgabe. Ohne qualifizierten Nachwuchs sind Sie im dem Wettbewerb nicht gewachsen.“⁵¹

5.2 Kommunale Aufgaben und Forderungen

Wie wichtig die Schaffung neuer Arbeits- und vor allem Ausbildungsplätze für die Zukunft sein wird, zeigte anschaulich der UN-Gipfel „Habitat“ zur Situation und zum Wachstum der Städte. Obwohl die Situation in der BRD und speziell in München weit entfernt von der Situation in den sogenannten Entwicklungsländern ist, gibt es doch Analogien.

⁴⁹ Geissler, Karlheinz, „Der Lehrabschluß wird immer weniger zum Abschluß“

⁵⁰ „Perspektive jetzt: Solidarische Finanzierung der Berufsausbildung“, Hrsg. DGB, Abt. Jugend, Düsseldorf, 1996

⁵¹ „Mehr Ausbildungsplätze 95, Spitzenorganisationen starten Ausbildungsinitiative „Aktion Plus“, Bonn/Köln, Feb. 1995

„Nach den Berechnungen der Experten wird im Jahr 2000 die Hälfte der Menschheit in Städten leben, die meisten in Entwicklungsländern. In den nächsten 30 Jahren drängen 1,2 Milliarden Menschen erstmals auf die Arbeitsmärkte, ein Großteil davon in den urbanen Ballungsgebieten. Sie alle brauchen Jobs, wenn sich die Städte zu Zentren der Produktivität und Zivilisation entwickeln sollen, statt zu Zonen von Ungleichheit und Elend.“⁵² Es ist an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe, eine genaue Analyse dieses Problems zu erarbeiten. Wichtig ist uns hier, die Entwicklung einer langfristigen Strategie einzufordern. Den sozialen Frieden zu erhalten ist dabei genauso wichtig, wie die Entwicklung Münchens im Interesse der Jugendlichen als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Analog dem Bündnis für Arbeit sollte es deshalb eine breite Initiative für Ausbildung in München geben. Auf der Fachtagung „Bürgerrecht, Bildung - Bildungsplanung in den neuen Bundesländern“ forderte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Ulf Fink im Dezember 1992 die Schaffung eines neuen „Bildungsrates“. An diesem „Runden Tisch“ sollten nicht nur Bund und Länder sitzen, sondern auch „die kommunalen Spitzenverbände, die Wissenschaft, die Arbeitgeber und Gewerkschaften, um „die gesamte Bildungslandschaft der BRD neu zu gestalten.“⁵³

In den neuen Bundesländern ist diese Situation sicher brisant. Insgesamt sind in Ostdeutschland 60 % aller Ausbildungsplätze subventioniert.⁵⁴ In Ostdeutschland wollen Bund und Länder wieder 14.000 zusätzliche Lehrstellen schaffen, da die Betriebe selbst nicht ausbilden oder eigentlich besser gesagt, die Wirtschaft im Osten „nicht auf die Beine kommt“. Das gleichbleibende Ergebnis (der Ausbildungsstatistik) in den neuen Bundesländern ist nur durch 20.000 außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen erreicht worden⁵⁵, wobei immer noch fast 75.000 Lehrstellen fehlen. Durch Lehrstellenprogramme übernimmt der Bund die Hälfte der Förderung von 26.500 Mark pro Ausbildungsplatz.⁵⁶

Mehr und mehr wird die Tatsache, daß viele Betriebe überhaupt nicht mehr ausbilden, auch das Problem westdeutscher Kommunen und Gemeinden, wie unser Reader - am Beispiel Münchens - aufzeigen konnte. Eine Initiative für Ausbildung in München in Form eines „Bildungsrates“ könnte sich der Probleme annehmen und Lösungen anstreben.

⁵² „Ohne Jobs droht Städten Kollaps“, FR v. 29.05.96

⁵³ Die Quelle Nr. 1/92

⁵⁴ Handelsblatt v. 30.05.96

⁵⁵ Berufsbildungsbericht aktuell Nr. 1/96, Hrsg.: Bundesministerium für Bildung

⁵⁶ FR v. 6.07.96

Dies wäre konkrete (mittel- und langfristige) Aufgabe für die Stadt München, ihrer (Jugend-)Organisationen und Verbände. Es ist eben nicht nur primär Aufgabe der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände und allenfalls noch des Arbeitsamtes. Vielleicht kann am Arbeitskreis „Jugend Bildung Beruf“ (siehe Reader 1994) angeknüpft werden.

5.3 Für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung

Wir denken, daß aus den eingangs erwähnten gesellschaftlichen Veränderungen deutlich hervorging, daß der derzeitige Ausbildungsplatzabbau (und weiter natürlich auch die Nichtübernahme nach der Ausbildung) kein oder jedenfalls kein reines konjunkturelles sondern vielmehr ein strukturelles Problem darstellt. In der Konsequenz heißt das, daß sich die Betriebe - vor allem die großen Konzerne - nicht einfach nur um die Verantwortung „drücken“, sondern vielmehr selbst in dieser Umbruchsituation ihre Position neu bestimmen müssen. Wie alle Krisen bietet deshalb auch diese, als Scheideweg verstanden, Chancen, die genutzt werden können und sollten. Wenn wir noch einmal die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe zu Rate ziehen, dann war hier der erste Versuch, aus vielen Ausbildungsberufen einige wenige mit dann je spezialisierten Fachrichtungen zu kreieren. Ein solches Vorgehen scheint uns auch für den ganzen Bereich der neuentstehenden und im Umbruch befindlichen Berufsbilder notwendig. Eine Mischung aus überbetrieblicher, fachübergreifender Grundlagenausbildung mit der Rückbindung an betriebliche Ausbildungsanteile und konkreten Praxisbezug könnte eine zukunftsweisende Alternative sein - allerdings nur im Rahmen der Dualen Ausbildung.

Das wichtigste bei dieser Frage ist allerdings die Finanzierung. Nicht zufällig spielt für die Unternehmen die Frage der Kosten für die Ausbildung eine wesentliche Rolle. Diese Kosten waren schon in der Vergangenheit sehr ungleich verteilt. Lediglich ein Drittel der Unternehmen hat ausgebildet - und damit die Kosten für die übrigen zwei Drittel mitübernommen, die diese Unternehmen heute nicht mehr alleine tragen wollen und können. Um langfristig sicherzustellen, daß es genügend Ausbildungsplätze gibt und um einen drohenden Fachkräftemangel zu vermeiden, ist es notwendig, die Kosten der Ausbildung gerechter zu verteilen.

Nach dem Willen der Gewerkschaften sollen sich zukünftig alle Arbeitgeber an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Und das Ausbildungsangebot soll so ausreichend sein, daß Jugendliche tatsächlich wählen können. Beispielhaft gibt es dazu seit beinahe zwanzig Jahren im Baugewerbe einen Tarifvertrag. Zur Zeit zahlen die Arbeitgeber des Baugewerbes 2,8 Prozent der Bruttolohnsumme in einen Fonds. Aus diesem Fonds werden zu einem großen Teil die Ausbildungsvergütungen, das Urlaubsgeld und die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung erstattet. Eine gesetzliche Umlagefinanzierung gibt es in Dänemark und in Frankreich.

Die Arbeitsgruppe „Umlagefinanzierung“ beim DGB-Bundesvorstand hat Eckwerte für einen gesetzlichen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben vorgelegt, der für ein ausreichendes Angebot betrieblicher Ausbildungsstellen sorgen soll. Danach wird ein Fonds eingerichtet, in den jedes Unternehmen, jeder Betrieb und jede Verwaltung eine Abgabe entrichtet. Verschiedene Möglichkeiten der Festlegung der Abgabenhöhe sind denkbar. Man könnte sich orientieren an

- der Zahl der Beschäftigten
- der Lohnsumme oder
- der Wertschöpfung eines Unternehmens.

Dieses Geld soll verwendet werden, um bei ausbildungsbereiten Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze „einzukaufen“. Ausbildungsplätze allerdings, die den jeweiligen AbsolventInnen auch eine vernünftige Zukunftschance eröffnen müssen.

Da es auch nicht das Ziel ist, möglichst viel einzunehmen, sondern stattdessen vielen Unternehmen einen Anreiz zur Ausbildung zu bieten, sollen ausbildende Betriebe ihre Ausgaben in Vorabzug bringen. Nur so ist sichergestellt, daß nicht erst einmal ein Teil der Abgabe für eine Bürokratie aufgewendet werden muß, die mit nichts anderem beschäftigt ist, als das Geld einzuziehen, um es später wieder auszusahlen.⁵⁷

Hierbei soll es sich lediglich um Rahmenbedingungen für die Bereiche handeln, bei denen keine anderen Regelungen möglich sind. Klar ist dadurch, daß bereits funktionierende Lösungen weiterhin Bestand haben sollen, bzw. tarifliche Regelungen zulässig sind. Verwal- tet werden soll dieses Geld in den existierenden Strukturen der Arbeitsverwaltung.

⁵⁷ Vergleiche zu allen Angaben/Vorschlägen: Perspektive Jetzt: Solidarische Finanzierung der Berufsausbildung, Hrsg.: DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, Düsseldorf 1996

Örtliche Arbeitsämter können bei notwendigen Entscheidungen über Fortbildungs-, Umschulungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen mit bestem Sachverstand entscheiden. Deutlich ist aber auch, daß alle Verantwortlichen bei Planung und Durchführung einbezogen werden müssen: Arbeitgeber, Behörden, Gewerkschaften und die öffentliche Hand. Über regionale Strukturen und entsprechende Gremien sollen alle relevanten Gruppen an der Planung der Zukunft der Jugendlichen beteiligt sein oder eigentlich noch präziser formuliert - dafür sorgen, daß es für die Jugendlichen eine Zukunft gibt.